

# Systematischer Kommentar zu den Lissabon-Begleitgesetzen

IntVG | EUZBBG | EUZBLG | ESMFinG

Bearbeitet von  
Herausgegeben von: Andreas von Arnald, und Prof. Dr. Ulrich Hufeld

1. Auflage 2018. Buch. 759 S. Hardcover  
ISBN 978 3 8487 0150 6

[Recht > Öffentliches Recht > Öffentliches Recht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# NOMOSKOMMENTAR

von Arnould | Hufeld [Hrsg.]

## Systematischer Kommentar zu den Lissabon-Begleitgesetzen

IntVG | EUZBBG | EUZBLG | ESMFinG

2. Auflage



Nomos

# NOMOSKOMMENTAR

Prof. Dr. Andreas von Arnould  
Prof. Dr. Ulrich Hufeld [Hrsg.]

## Systematischer Kommentar zu den Lissabon-Begleitgesetzen

IntVG | EUZBBG | EUZBLG | ESMFinG

### 2. Auflage

**Prof. Dr. Andreas von Arnould**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel | **MRin Heike Baddenhausen**, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Sekretariatsleiterin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Berlin | **Lisa Böhmer**, LL.M. (Columbia), Richterin, Hamburg | **Dr. Alice Halsdorfer**, M.A., Leiterin der Stabsstelle MPK in der Senatskanzlei, Berlin | **Prof. Dr. Ulrich Hufeld**, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg | **Ass. iur. Ann-Kristin Kästner**, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg | **RA Dr. Alexander Koch**, LL.B., Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Chur | **Dr. Matthias Kötter**, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin | **RA Dr. Matthias Laas**, Hamburg | **Prof. Dr. Roland Lhotta**, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg | **Dr. Stefan Martini**, Universität Rostock | **ORR Christoph Peterek**, Referent in der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Berlin | **ORR Hannes Rathke**, LL.M., Verwaltung des Deutschen Bundestages, stellvertretender Leiter des Fachbereichs Europa, Berlin | **Mag. iur. Arne Reißmann**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel | **RAin Dr. Leila Saberzadeh**, Hamburg | **Dr. Hinrich Schröder**, Referent für Wirtschafts- und Energiepolitik im Deutschen Bundestag, Berlin | **Markus Spörer**, Mitarbeiter der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, Brüssel



**Zitervorschlag:** SK-Lissabon § xx Rn. yy

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-0150-6

2. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die Lissabon-Begleitgesetze sind Eckpfeiler der deutschen Integrationsverfassung. Als „Teil einer institutionellen Architektur, die den nationalen Parlamenten in der Europäischen Union eine über die Mitgliedstaaten hinausweisende Rolle zuweist“ (BVerfGE 131, 152/198), sieht sich der Deutsche Bundestag herausgefordert als Integrationsgesetzgeber und Mitwirkungsakteur – mitverantwortlich für Deutschlands Rolle in der Europapolitik. Er vermittelt Legitimation in den Bahnen des *Integrationsverantwortungsgesetzes* (IntVG) bei Änderung und Fortentwicklung der Unionsverträge. Das IntVG nimmt tatbestandlich die dynamischen Klauseln der EU-Verträge auf und aktiviert den integrationsrechtlichen Parlamentsvorbehalt. Das *Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union* (EUZBBG) beteiligt den Bundestag an der Willensbildung des Bundes, balanciert das Zusammenwirken von Regierung und Parlament. Das Gesetz ist Art. 23 GG und dem Konzept der „informierten Mitwirkung“ verpflichtet, gewährleistet Rückkopplung und parlamentarischen Rückhalt für das Regierungshandeln auf Unionsebene. Das *Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union* (EUZBLG) will innerstaatlichen Föderalismus und europapolitische Handlungsfähigkeit versöhnen. Auch die Länder haben Kompetenzverluste hinzunehmen. Nach Maßgabe des EUZBLG wirken sie kompensatorisch über den Bundesrat mit, wenn die Beschlussfassung in der Union auf Landesinteressen durchschlägt.

Mit der zweiten Auflage des Kommentars legen wir eine umfassende Neubearbeitung vor. Nach der Leitentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juni 2012 (BVerfGE 131, 152 – ESM/Unterrichtungspflichten) hat der Gesetzgeber das EUZBBG gründlich modernisiert. Der Kommentar berücksichtigt zudem die „Krisenjudikatur“ des Bundesverfassungsgerichts bis zum OMT-Urteil vom Juni 2016 und, nicht zuletzt, das *Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus* (ESMFinG), das die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Bundestages bekräftigt und in einem Mitwirkungs- und Verfahrensregime ausformt. Auch diese weitere spezielle Ausprägung macht sichtbar: Parlamentarische Mitwirkung in der Europapolitik ist eine Verfassungserwartung, die auf konkrete gesetzliche Ausgestaltung drängt. Der Bundestag, jeder Abgeordnete, die Mitglieder des Bundesrates, auch die Landtagsabgeordneten sind angewiesen auf eine alltagstaugliche Beteiligungsordnung.

Der Kommentar erschließt das Parlamentsbeteiligungsrecht historisch, systematisch, in seiner Brückenfunktion zwischen Unions- und Verfassungsrecht – als *Europa-spezifisches Staatsorganisationsrecht*. Er will Orientierung bieten, indem er als *Systematischer Kommentar* den Zusammenhang der Einzelgesetze verdeutlicht, die verfassungsrechtlichen Grundlagen erörtert, zugleich die Vorgaben des Unionsrechts und die Rückwirkungen auf das Staatsrecht aufdeckt. Kenner der praktischen Integrationspolitik und der Parlamentspraxis haben an der Neuaufgabe mitgewirkt, mit eigenen Beiträgen oder durch wichtige Impulse in zwei Werkstattgesprächen im Deutschen Bundestag und im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg. Als jederzeit ansprechbaren kritischen Ratgebern sind wir namentlich Prof. Dr. Sven Hölscheidt und Dr. Tarek Tabbara, LL.M., dankbar verbunden.

Dank schulden wir dem Nomos Verlag. Einmal mehr haben wir erfahren, dass ein Wissenschaftsverlag unersetzlicher Impulsgeber und Mittler ist, großzügiger Förderer und hartnäckiger Mahner. Ohne die *verlegerische Integrationsverantwortung* von Dr. Matthias Knopik und Prof. Dr. Johannes Rux hätten wir diesen Kommentar nicht ins Werk setzen können. Die Werksubstanz verdanken wir den Kolleginnen und Kollegen, die sich systematisch auf das mitunter unsystematische Beteiligungsrecht eingelassen haben; besonderer Dank für die oftmals nervenzehrende Arbeit an den „Formalia“ gebührt Ann-Kristin Kästner, Tobias Wagenknecht, und, für die Erstellung des Sachregisters, Henning Büttner.

## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	5
Inhaltsverzeichnis .....	9
Kommentierte Vorschriften – Fundstellenverzeichnis .....	25
Autorenverzeichnis .....	27
Abkürzungsverzeichnis .....	29

### Erster Teil: Historisch-systematischer Kontext

§ 1 Europäische Integration und Verfassungsänderung ( <i>Hufeld</i> ) .....	39
§ 2 Parlamentarismus und Föderalismus in der EU ( <i>v. Arnould</i> ) .....	83
§ 3 Materielle Verfassungsbindungen der Integrationspolitik ( <i>Laas</i> ) .....	135
§ 4 Parlamentsbeteiligung im EU-Rechtsvergleich ( <i>Martini</i> ) .....	173
§ 5 Europäische Mehrebenengovernance und das Bundesverfassungsgericht ( <i>Lhotta</i> ) .....	233

### Zweiter Teil: Integrationsverantwortungsgesetz

§ 6 Integrationsverantwortung als Leitbegriff des Gesetzes ( <i>Spörer</i> ) .....	257
§ 7 Legitimation der Änderung und Fortentwicklung des Primärrechts ( <i>Rathke</i> ) .....	277
§ 8 Einspruchs- und Kontrollrechte ( <i>Kötter</i> ) .....	363
§ 9 Unterrichtungspflichten ( <i>Kästner</i> ) .....	403

### Dritter Teil: EUZBBG, EUZBLG

#### 1. Abschnitt: Systementscheidungen

§ 10 Anwendungsbereich und Systematik der Gesetze ( <i>Koch</i> ) .....	431
---	-----

#### 2. Abschnitt: Allgemeine Grundsätze der Unterrichtung

§ 11 Unterrichtung des Bundestages: Grundlagen, Konkretisierung, Grenzen ( <i>Schröder</i> ) .....	453
§ 12 Unterrichtung des Bundesrates und Gesamtwürdigung ( <i>Koch</i> ) .....	467

#### 3. Abschnitt: Verfahrensrechte und Verfahrenspflichten

§ 13 Unterrichtsmodi und das Recht auf Stellungnahme ( <i>Saberzadeh</i> ) .....	475
§ 14 Unterrichtung und Mitwirkung in besonderen Fällen ( <i>Reißmann</i> ) .....	525

**4. Abschnitt:  
Institutionelle Beteiligung**

§ 15	Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ( <i>Badenhausen</i> ) .....	585
§ 16	Institutionelle Beteiligung des Bundesrates und der Länder ( <i>Halsdorfer</i> ) .....	615

**5. Abschnitt:  
Personalentscheidungen**

§ 17	Beteiligung bei Personalentscheidungen ( <i>Böhmer</i> ) .....	627
------	--	-----

**Vierter Teil:  
Weitere Mitwirkungsgesetzgebung**

§ 18	Haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestages – ESMFinG ( <i>Peterek</i> ) .....	645
	Normtexte .....	669
	Stichwortverzeichnis .....	747

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Inhaltsübersicht .....	7
Kommentierte Vorschriften – Fundstellenverzeichnis .....	25
Autorenverzeichnis .....	27
Abkürzungsverzeichnis .....	29

### Erster Teil:

#### Historisch-systematischer Kontext

§ 1 Europäische Integration und Verfassungsänderung ( <i>Hufeld</i> ) .....	39
A. Integrationsverantwortung .....	39
I. Das Interventionsgebot .....	39
II. Der absolute Parlamentsvorbehalt .....	41
1. Verbandsvorbehalt .....	41
2. Organvorbehalt .....	43
III. Integration – Revision – Verantwortung .....	45
1. Integration durch Revision .....	45
2. Revision durch Integration .....	46
IV. Integrationsverantwortung – eine Übersicht .....	49
B. Im Spiegel der Änderungsformen: Deutschlands Verfassung in Europa .....	53
I. „Zugewinne“ – Integration als Verfassungsergänzung .....	54
1. Frieden im größeren Raum .....	54
2. Freiheit im größeren Raum .....	54
3. Wohlergehen im größeren Raum .....	56
II. „Verluste“ – Integration als Verfassungsrücknahme .....	57
1. Rücknahmetatbestand, Monopolverlust, Autonomiever- lust .....	57
2. (Un-)heimliche Verlagerung maßstäblicher Herrschaft .....	60
3. Verlust der Urkundlichkeit .....	63
III. „Ausnahmen“ – Integration als Verfassungsdurchbrechung .....	65
1. Die schlechthinnige Ausnahme .....	66
2. Die prekäre Ausnahme .....	68
3. Die bezwingende Ausnahme .....	69
IV. „Umwertungen“ – Integration als Verfassungsänderung i.e.S. ....	71
1. Abkehr vom Deutschen- und Deutschland-Vorbehalt .....	72
2. Tanja Kreil .....	73
3. Supranationale Solidarität .....	75
C. Wissen, Wille und Wirklichkeit .....	78
I. Integrationsmitwirkungsrecht als reaktive Verfassungsände- rung .....	78

---

	II. Scientia potentia est .....	79
§ 2	Parlamentarismus und Föderalismus in der EU ( <i>v. Arnould</i> ) .....	83
	A. Institutioneller Wandel durch Transnationalisierung .....	83
	I. Verfassungsrechtliche Spannungslagen .....	83
	II. Verfassungsgerichtliche Positionen .....	86
	III. Parlamente und Föderalismus im Mehrebenensystem der EU ...	92
	B. Parlamente und Europäische Integration .....	93
	I. Stärkung des Europäischen Parlaments .....	94
	1. Beitrag des Unionsrechts .....	94
	2. Beitrag des nationalen Rechts .....	97
	II. Stärkung der mitgliedstaatlichen Parlamente .....	98
	1. Beitrag des Unionsrechts .....	98
	2. Beitrag des nationalen Rechts .....	103
	III. Zur gegenwärtigen Rolle der Parlamente im Mehrebenensystem der EU .....	109
	C. Föderalismus und Europäische Integration .....	117
	I. Stärkung funktionaler Äquivalente auf EU-Ebene .....	117
	1. Beitrag des Unionsrechts .....	117
	2. Beitrag des nationalen Rechts .....	120
	II. Stärkung der deutschen Bundesländer .....	120
	1. Beitrag des Unionsrechts .....	120
	2. Beitrag des nationalen Rechts .....	122
	III. Zur gegenwärtigen Rolle der Bundesländer im Mehrebenensystem der EU .....	133
§ 3	Materielle Verfassungsbindungen der Integrationspolitik ( <i>Laas</i> ) .....	135
	Vorbemerkung .....	135
	A. Materielle Bindungen: die Struktursicherungsklausel .....	136
	I. Einleitung .....	136
	II. Die Vereinbarkeit mit dem Vertrag von Lissabon .....	137
	III. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	138
	IV. Konsequenzen der Nichtbeachtung: die Grenzen der Struktursicherung .....	138
	B. Materielle Grenzen: die Sicherung des Bestandes des Grundgesetzes .....	139
	I. Einleitung .....	139
	II. Die bisherige Rechtsprechung des BVerfG zur Identität des Grundgesetzes .....	142
	III. Die Grenzen nach Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG .....	144
	IV. Der Verlauf der Grenzen nach dem Lissabon-Urteil und der sich anschließenden Rechtsprechung des BVerfG .....	145
	1. Der Begriff der Identität .....	145

---

2.	Das „Niemals“ zum Europäischen Bundesstaat: Beibehaltung der „Selbstverantwortlichkeit“ .....	146
3.	Grenzen des Übertragbaren: Gewährleistung der „Selbstverantwortlichkeit“ .....	147
4.	Die Souveränitätsvorbehalte im Einzelnen .....	148
5.	Kritik an den „Grenzen des Übertragbaren“ .....	167
§ 4	Parlamentsbeteiligung im EU-Rechtsvergleich ( <i>Martini</i> ) .....	173
A.	Sinn und Nutzen der Vergleichung nationaler EU-Beteiligungsverfahren .....	173
B.	Rahmenbedingungen nationaler Parlamentsbeteiligung in europäischen Angelegenheiten .....	175
I.	Unionaler Kontext der Parlamentsbeteiligung .....	176
II.	Nationaler Kontext der Parlamentsbeteiligung .....	178
C.	Analysematrix des Vergleichs .....	179
D.	Exemplartypik nationaler Regelungsmodelle .....	181
I.	Komplexes Mitwirkungssystem, schwacher Ausschuss: Deutschland .....	182
1.	Parlamentarisches Verfahren bei Vertragsänderungen .....	182
2.	Umsetzung unionsrechtlicher Beteiligungsmöglichkeiten .....	183
3.	Genuin national geregelte Parlamentsbeteiligung .....	185
4.	Bewertung des deutschen Modells .....	193
II.	Verhandlungsmandate eines starken Ausschusses: Dänemark ...	196
1.	Parlamentarisches Verfahren bei Vertragsänderungen .....	196
2.	Umsetzung unionsrechtlicher Parlamentsbeteiligung .....	196
3.	Genuin national geregelte Parlamentsbeteiligung .....	197
4.	Bewertung des dänischen Modells .....	201
III.	Unverbindliche Kammer- und Ausschussstellungen: Frankreich .....	203
1.	Parlamentarisches Verfahren bei Vertragsänderungen .....	203
2.	Umsetzung unionsrechtlicher Beteiligungsmöglichkeiten .....	203
3.	Genuin national geregelte Parlamentsbeteiligung .....	205
4.	Bewertung des französischen Modells .....	208
IV.	Gestuft verbindliche Ausschussstellungen: Ungarn .....	211
1.	Parlamentarisches Verfahren bei Vertragsänderungen .....	212
2.	Umsetzung unionsrechtlicher Beteiligungsmöglichkeiten .....	213
3.	Genuin national geregelte Parlamentsbeteiligung .....	214
4.	Bewertung des ungarischen Modells .....	217
E.	Entwicklungstendenzen zwischen Unter- und Übermaß parlamentarischer Beteiligung .....	218
I.	Divergenz in der Konvergenz .....	218
II.	Europäische Optimierungschancen .....	221

	III. Verbesserungsoptionen für das deutsche Modell .....	225
	IV. Schlussbetrachtungen .....	228
§ 5	Europäische Mehrebenengovernance und das Bundesverfassungsgericht ( <i>Lhotta</i> ) .....	233
	A. Governance als Perspektive – auch in einem juristischen Kommentar? .....	233
	B. Institutionelle Regelsysteme in der Mehrebenengovernance .....	239
	C. Governance und institutionelle Regelsysteme: Das BVerfG im „separation-of-powers-game“ des europäischen Mehrebenensystems .....	243
	D. Das Bundesverfassungsgericht und die Leitidee einer verfassungskonformen Mehrebenengovernance .....	248
	E. Die Begleitgesetzgebung als handlungsanleitendes Regelsystem und judiziell veranlasste Konkretisierung verfassungsimmanenter Governance-Mechanismen .....	255

**Zweiter Teil:**

**Integrationsverantwortungsgesetz**

§ 6	Integrationsverantwortung als Leitbegriff des Gesetzes ( <i>Spörer</i> ) .....	257
	A. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung (§ 1 Abs. 1 IntVG) ....	257
	I. Integrationsverantwortung .....	257
	1. Integrationsverantwortung als weitreichendes rechtlich-politisches Handlungskonzept .....	257
	2. Das Konzept der Integrationsverantwortung im Lissabon-Urteil des BVerfG (Integrationsverantwortung ieS) .....	259
	3. Gesetzgeberische Umsetzung im IntVG .....	265
	4. Grenzen der Integrationsverantwortung von Bundestag und Bundesrat .....	265
	II. Weitere Tatbestandsmerkmale .....	266
	1. Angelegenheiten der Europäischen Union .....	266
	2. Insbesondere .....	267
	III. Kritische Würdigung .....	268
	B. Fristbeachtungsklausel (§ 1 Abs. 2 IntVG) .....	269
	I. Vorlagen .....	270
	II. Angemessene Frist .....	270
	III. Sollen .....	271
	IV. Europarechtliche Fristvorgaben .....	273
	1. Fristen .....	273
	2. Berücksichtigen .....	273
	V. Justiziabilität parlamentarischer Untätigkeit .....	274

---

§ 7	Legitimation der Änderung und Fortentwicklung des Primärrechts ( <i>Rathke</i> ) .....	277
	A. Prämissen materieller Änderungen und Fortentwicklungen des Primärrechts .....	278
	I. Unionsrechtliche Grundlagen .....	278
	1. Prämissen der Vertragsänderung .....	278
	2. Verfahren der Vertragsänderung .....	279
	II. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	281
	1. Prinzipielle Öffnung der Rechtsordnung .....	281
	2. Konkrete Öffnung der Rechtsordnung .....	283
	3. Legitimation von Änderungen des Integrationsprogramms .....	285
	III. System der Mitwirkung – Art. 23 Abs. 1 GG .....	286
	1. Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG – Gesetzesvorbehalt .....	287
	2. Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG – verfassungsrelevante Integrationsakte .....	295
	3. Abgrenzung zu Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG .....	300
	IV. IntVG im System der Mitwirkung gem. Art. 23 Abs. 1 GG .....	303
	B. Ordentliche Vertragsänderungen .....	305
	I. Änderungen des Primärrechts .....	305
	1. Gegenstände der Vertragsänderung .....	305
	2. Änderungsverfahren .....	308
	II. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	311
	1. Verfahren .....	311
	2. Form .....	312
	C. Vereinfachte Vertragsänderungen .....	313
	I. Änderungen des Primärrechts .....	313
	1. Gegenstände der Vertragsänderung .....	313
	2. Änderungsverfahren .....	315
	II. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	316
	1. Verfahren .....	316
	2. Form .....	317
	D. Besondere Vertragsänderungen, § 3 IntVG .....	318
	I. Systematik .....	318
	II. EMRK-Beitritt (§ 3 Abs. 1 IntVG – Art. 6 Abs. 2 EUV, Art. 218 Abs. 8 UAbs. 2 S. 2 AEUV) .....	319
	1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	319
	2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	320
	III. Festlegung der EU-Eigenmittel (§ 3 Abs. 1 IntVG – Art. 311 Abs. 3 AEUV) .....	321
	1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	321
	2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	322

IV. Erweiterung der Rechte der Unionsbürger (§ 3 Abs. 2 IntVG – Art. 25 Abs. 2 AEUV) .....	324
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	324
2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	325
V. Einheitliches Wahlverfahren zum EP (§ 3 Abs. 2 IntVG – Art. 223 Abs. 1 AEUV) .....	325
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	325
2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	326
VI. Zuständigkeit des Gerichtshofs der EU für Verfahren über europäische Rechtstitel für geistiges Eigentum (§ 3 Abs. 2 IntVG – Art. 262 AEUV) .....	328
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	328
2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	329
VII. Einführung einer gemeinsamen Verteidigung (§ 3 Abs. 3 IntVG – Art. 42 Abs. 2 UAbs. 1 EUV) .....	329
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	329
2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	331
E. Allgemeine Brückenklauseln, § 4 IntVG .....	334
I. Änderungen im Primärrecht .....	334
1. Art. 48 Abs. 7 EUV – Entscheidung des ER .....	335
2. Art. 81 Abs. 3 UAbs. 2 AEUV – Entscheidung des Rates .....	336
II. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	336
1. Zustimmung des deutschen Vertreters im ER zur allg. Brückenklauseln, § 4 Abs. 1 IntVG .....	337
2. Zustimmung des deutschen Vertreters im Rat, § 4 Abs. 2 IntVG .....	341
F. Besondere Brückenklauseln, §§ 5, 6 IntVG .....	341
I. Änderungen im Primärrecht .....	342
1. Zur Zustimmung im ER .....	342
2. Zur Zustimmung im Rat .....	343
II. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	344
1. Notwendigkeit einer Ermächtigung durch Beschluss .....	344
2. Verfahren gem. §§ 5 und 6 IntVG .....	345
G. Kompetenzerweiterungsklauseln, § 7 IntVG .....	347
I. Systematik .....	347
II. Straftaten mit grenzüberschreitender Dimension (§ 7 Abs. 1 Var. 1 IntVG – Art. 83 Abs. 1 UAbs. 3 AEUV) .....	348
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	348
2. Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	349
III. Zuständigkeiten der EStA (§ 7 Abs. 1 Var. 2 IntVG – Art. 86 Abs. 4 AEUV) .....	350
1. Unionsrechtliche Vorgaben .....	350

---

2.	Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	351
IV.	Satzungsänderungen der EIB (§ 7 Abs. 2 iVm Abs. 1 IntVG – Art. 308 UAbs. 3 S. 2 AEUV) .....	353
1.	Unionsrechtliche Vorgaben .....	353
2.	Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	353
V.	Weitere Anwendungsfälle iSv § 7 IntVG .....	354
1.	Art. 82 Abs. 2 UAbs. 2 lit. d AEUV .....	354
2.	Art. 81 Abs. 3 UAbs. 1 AEUV .....	355
H.	Flexibilitätsklausel, § 8 IntVG .....	355
I.	Unionsrechtliche Vorgaben .....	355
1.	Anwendungsbereich .....	355
2.	Verfahren .....	357
II.	Wahrnehmung der Integrationsverantwortung .....	357
1.	Zustimmungserfordernis .....	357
2.	Verfahren .....	358
3.	Anwendungsfälle .....	358
§ 8	Einspruchs- und Kontrollrechte ( <i>Kötter</i> ) .....	363
A.	Einführung: Die Einspruchs- und Kontrollrechte von Bundestag und Bundesrat gem. §§ 9–12 IntVG .....	363
I.	Primärrechtliche Ausgangspunkte im EUV und im AEUV .....	364
1.	Wahrung mitgliedstaatlicher Souveränitätsrechte .....	364
2.	Beteiligung der nationalen Parlamente .....	366
3.	Rechtsschutz bei Missachtung der mitgliedstaatlichen Beteiligungsrechte .....	366
II.	Verfassungsrechtliche Vorgaben insbes. aus Art. 23 GG .....	367
III.	Einfachgesetzliche Ausgestaltung im IntVG .....	368
B.	Der Notbremsemechanismus, § 9 IntVG .....	369
I.	Begriff und Regelung des Notbremsemechanismus .....	369
II.	Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet des Rechts der sozialen Sicherheit (Art. 48 Abs. 2 S. 1 AEUV) .....	371
1.	Regelungskompetenz des Art. 48 Abs. 1 AEUV .....	371
2.	Einwand: Störung des nationalen Systems der sozialen Sicherheit .....	372
III.	Gesetzgebungsakte auf dem Gebiet des Strafverfahrens- und des Strafrechts (Art. 82 Abs. 3 UAbs. 1 S. 1 und Art. 83 Abs. 3 UAbs. 1 S. 1 AEUV) .....	373
1.	Europäische Strafgesetzgebung .....	373
2.	Kompetenz des Art. 82 Abs. 2 AEUV .....	374
3.	Kompetenz des Art. 83 Abs. 1 AEUV .....	375
4.	Kompetenz des Art. 83 Abs. 2 AEUV .....	376
5.	Einwand: Berührung grundlegender Aspekte der nationalen Strafrechtsordnung .....	377

IV. Antrag im Rat und Durchführung des Einigungsverfahrens .....	377
1. Erklärung des Einwands durch den Vertreter im Rat .....	377
2. Einigungsverfahren .....	378
V. Beteiligung von Bundestag und Bundesrat am Notbremse- verfahren .....	379
1. Unterrichtungspflicht der Bundesregierung .....	379
2. Beschlussfassung im Bundestag .....	379
3. Beschlussfassung im Bundesrat .....	380
4. Stimmverhalten des deutschen Vertreters im Rat .....	381
5. Weisungsfreiheit des Bundeskanzlers im Europäischen Rat .....	382
6. Verfassungsgerichtlicher Organstreit infolge der Missach- tung parlamentarischer Beteiligungsrechte .....	383
C. Das Ablehnungsrecht der nationalen Parlamente bei Brückenklau- seln, § 10 IntVG .....	383
I. Das Ablehnungsrecht bei Brückenklauseln .....	383
1. Regelungszweck .....	383
2. Verhältnis zu § 4 IntVG .....	384
II. Ablehnungsrecht gem. § 10 Abs. 1 IntVG: Initiative des Europäischen Rats (Art. 48 Abs. 7 UAbs. 3 EUV) .....	385
III. Ablehnungsrecht gem. § 10 Abs. 3 IntVG: Vorschlag der EU- Kommission (Art. 81 Abs. 3 UAbs. 3 AEUV) .....	385
IV. Ablehnungsbeschluss: Verfahren .....	386
1. Unterrichtung von Bundestag und Bundesrat .....	386
2. Beschluss des Bundestags .....	387
3. Beschluss des Bundesrats .....	388
4. Unterrichtung der zuständigen Organe der EU, § 10 Abs. 2 IntVG .....	388
V. Folge des Ablehnungsbeschlusses .....	389
D. Subsidiaritätsrüge und -klage, §§ 11, 12 IntVG .....	389
I. Der Mechanismus der Subsidiaritätskontrolle .....	390
1. Primärrechtliche Ausgestaltung .....	390
2. Nationale Begleitgesetzgebung .....	391
II. Das Subsidiaritätsprinzip: materiell-rechtliche Vorgabe und Kontrollmaßstab .....	392
1. Der Regelungsgehalt des Subsidiaritätsprinzips – Art. 3 Abs. 3 EUV im Rahmen der europarechtlichen Schrankentrias .....	392
2. Das prozedurale Prüfungskonzept des Subsidiaritäts- protokolls .....	392
3. Kontrollmaßstab der Subsidiaritätsrüge .....	394
4. Kontrollmaßstab der Subsidiaritätsklage .....	395

---

III. Verfahren der Subsidiaritätsrüge, § 11 IntVG .....	396
1. Unterrichtung von Bundestag und Bundesrat .....	396
2. Beschlussfassung im Bundestag und im Bundesrat .....	397
3. Berücksichtigung der Stellungnahme durch die EU- Organe .....	398
IV. Subsidiaritätsklage, § 12 IntVG .....	400
1. Voraussetzungen der Subsidiaritätsklage .....	400
2. Antragstellung durch den Bundestag .....	400
3. Antragstellung durch den Bundesrat .....	401
4. Weiteres Verfahren und Prozessführung .....	402
§ 9 Unterrichtungspflichten ( <i>Kästner</i> ) .....	403
A. Hintergrund und Bedeutung der Norm .....	404
B. Das Unterrichtungsregime des IntVG .....	407
I. Grundsatz der Unterrichtungspflicht (Abs. 1) .....	407
1. Angelegenheiten des IntVG .....	407
2. Verhältnis zu anderen Unterrichtungspflichten .....	408
3. Berechtigte und Verpflichtete; internes Informationsma- nagement .....	409
4. Unterrichtungsbegriff .....	412
5. Unterrichtungsmaxime .....	413
II. Unterrichtung bei allgemeinen Brückenklauseln (Abs. 2) .....	420
1. Unterrichtung bei Vorbereitung einer Initiative des Europä- ischen Rates nach Art. 48 Abs. 7 EUV .....	420
2. Unterrichtung bei Ergreifen einer Initiative des Europä- ischen Rates gem. Art. 48 Abs. 7 EUV .....	422
3. Unterrichtung über Vorschläge der Europäischen Kommis- sion nach Art. 81 Abs. 3 UAbs. 2 AEUV .....	423
III. Erläuterungs- und Bewertungspflicht (Abs. 3) – „intensivierte Unterrichtung“ .....	423
IV. Fristverkürzung und Fristverlängerung (Abs. 4) .....	426
V. Unterrichtung über ausgeübtes Vetorecht (Abs. 5) .....	426
VI. Unterrichtung als Grundlage der Subsidiaritätsrüge und -klage (Abs. 6, 7) .....	427

**Dritter Teil:  
EUZBBG, EUZBLG**

**1. Abschnitt:  
Systementscheidungen**

§ 10 Anwendungsbereich und Systematik der Gesetze ( <i>Koch</i> ) .....	431
A. Normativer Rahmen .....	433
I. Verfassungsrechtliche Grundlage .....	433

II. Einfachgesetzliche Umsetzung .....	435
1. Netzartiger Rechtsrahmen .....	435
2. Abgrenzung des EUZBBG und des EUZBLG vom IntVG ....	436
3. Abgrenzung des EUZBBG zu ESM und EFSF .....	438
B. Anwendungsbereich der Mitwirkung: Angelegenheiten und Vorhaben als Zentralbegriffe .....	438
I. Angelegenheiten: Bestimmung des Anwendungsbereichs der Mitwirkung .....	438
II. Rechtsetzungsakte als Teilmenge der Angelegenheiten .....	441
III. Vorhaben als Teilmenge der Angelegenheiten .....	441
1. Bedeutung und Funktion des Vorhabensbegriffs im Sinne des § 5 EUZBBG .....	441
2. Nicht abgeschlossener Katalog von Vorhaben .....	443
3. GASP/GSVP-Angelegenheiten im EUZBBG .....	450
4. Divergierende Systematik im EUZBLG .....	450

## 2. Abschnitt:

### Allgemeine Grundsätze der Unterrichtung

§ 11 Unterrichtung des Bundestages: Grundlagen, Konkretisierung, Grenzen ( <i>Schröder</i> ) .....	453
A. Entwicklungsgeschichte .....	454
I. EUZBBG-Novelle 2009 .....	454
II. EUZBBG-Novelle 2013 .....	455
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	458
C. Konkretisierung der Unterrichtungspflicht .....	459
I. Die einzelnen Grundsätze der Unterrichtung .....	459
1. Der Grundsatz der umfassenden Unterrichtung .....	459
2. Der Grundsatz der frühestmöglichen Unterrichtung .....	460
3. Der Grundsatz der fortlaufenden Unterrichtung .....	461
4. Der Grundsatz der schriftlichen Unterrichtung .....	462
II. Bezugspunkte der Unterrichtung .....	463
1. Die Willensbildung der Bundesregierung .....	463
2. Vorbereitung und Verlauf der Beratungen der EU-Organe ..	463
3. Stellungnahmen des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und der anderen EU-Mitgliedstaaten ...	463
4. Getroffene Entscheidungen .....	463
5. Vorbereitende Gremien und Arbeitsgruppen .....	464
6. Weitere Gremien .....	464
D. Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung .....	464
§ 12 Unterrichtung des Bundesrates und Gesamtwürdigung ( <i>Koch</i> ) .....	467
A. Unterrichtung des Bundesrates .....	467

B. Informierte Mitwirkung als Leitmotiv .....	469
I. Mitwirkungsrechte von Bundestag und Bundesrat .....	469
1. Unterrichtungspflichten als Voraussetzung einer effektiven Mitwirkung .....	469
2. Stellungnahmen als aktives Mitwirkungsinstrument .....	470
II. Breite Einbindung durch weite Auslegung der EU-Angelegenheiten/Vorhaben .....	471
C. Informationsmanagement .....	472
<b>3. Abschnitt:</b>	
<b>Verfahrensrechte und Verfahrenspflichten</b>	
§ 13 Unterrichtsmodi und das Recht auf Stellungnahme ( <i>Saberzadeh</i> ) .....	475
A. Integrationsverantwortung .....	475
B. Unterrichtung – Grundlage der informierten Mitwirkung .....	476
I. Modale Vorgaben für die Unterrichtung des Bundestages, §§ 4 und 6 EUZBBG .....	477
1. § 4 EUZBBG: Übersendung von Dokumenten und Berichtspflichten .....	477
2. § 6 EUZBBG: Förmliche Zuleitung, Berichtsbogen und Umfassende Bewertung, Abschluss von EU-Gesetzgebungsverfahren .....	491
3. § 10 EUZBBG: Zugang zu Datenbanken, vertrauliche Behandlung von Dokumenten .....	496
II. Modale Vorgaben für die Unterrichtung des Bundesrates .....	497
C. Stellungnahme und Mitberatung – Instrumente der Mitwirkung .....	499
I. Mitwirkung durch Stellungnahme .....	499
1. § 8 EUZBBG: Stellungnahmen des Bundestages .....	499
2. §§ 3, 5 EUZBLG: Stellungnahmen des Bundesrates .....	508
II. Beteiligung an Beratungen .....	516
1. § 4 EUZBLG: Beteiligung von Ländervertretern an Beratungen der Bundesregierung .....	516
2. § 6 EUZBLG Beteiligung von Ländervertretern an Verhandlungen in Beratungsgremien der Kommission und des Rates .....	517
D. Klagemöglichkeiten .....	521
I. Rechtslage nach EUV, AEUV und Subsidiaritätsprotokoll .....	521
II. § 7 EUZBLG Klageerhebung im Interesse der Länder .....	521
§ 14 Unterrichtung und Mitwirkung in besonderen Fällen ( <i>Reißmann</i> ) .....	525
A. Unterrichtung und Mitwirkung in Angelegenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik .....	526
I. Einführung .....	526

II. Unterrichtung und Mitwirkung des Bundestages .....	526
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben – Art. 23 Abs. 2 GG .....	526
2. § 7 EUZBBG .....	531
3. Angelegenheiten der GASP/GSVP als Vorhaben im Sinne des § 5 Abs. 1 EUZBBG – Anwendbarkeit der §§ 6 und 8 Abs. 1 EUZBBG .....	544
4. Besonderes Stellungnahmerecht nach § 8 Abs. 4 EUZBBG ..	546
5. Vorrang des wehrverfassungsrechtlichen Parlaments- vorbehalts .....	555
III. Unterrichtung und Mitwirkung des Bundesrates .....	556
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben – Art. 23 Abs. 2, 4 bis 6 GG .....	556
2. Umsetzung im EUZBLG – § 11 EUZBLG .....	558
B. Unterrichtung und Mitwirkung hinsichtlich der Aufnahme von Ver- handlungen über Beitritte und Vertragsänderungen und der Einfüh- rung des Euro in einem Mitgliedstaat .....	558
I. Hintergrund und Anwendungsbereich der Vorschriften .....	559
1. § 9 EUZBBG .....	559
2. § 9 a EUZBBG .....	561
II. §§ 9 Abs. 1 und 9 a Abs. 1 EUZBBG – Eigenständige Unter- richtungspflicht .....	561
III. Besonderes Stellungnahmerecht nach § 8 Abs. 4 EUZBBG .....	562
1. Vertragsänderungen .....	562
2. Beitritte zur Europäischen Union .....	565
3. Einführung des Euro in einem Mitgliedstaat .....	565
IV. §§ 9 Abs. 2, 9 a Abs. 2 EUZBBG – Herstellung von Einverneh- men und Abweichungsrecht .....	566
1. Modus der Einvernehmensherstellung .....	566
2. Gegenstand der Mitwirkung durch Einvernehmen .....	567
3. §§ 9 Abs. 2 S. 2, 9 a Abs. 2 S. 2 EUZBBG – Abweichungs- recht .....	569
V. Nicht ausdrücklich geregelte Fälle .....	571
1. Austritte aus der Europäischen Union .....	571
2. Ausscheiden aus dem Euroraum .....	575
C. Berücksichtigung der Belange der Kommunen .....	576
I. Einführung .....	577
II. Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung im Integra- tionsprozess .....	577
1. Verfassungs- und europarechtliche Vorgaben .....	577
2. § 10 Abs. 1 EUZBLG .....	579

III. Berücksichtigung der Interessen der Kommunen im Mitwirkungsprozess über den Bundesrat .....	581
1. Art. 23 Abs. 2, 4 bis 6 GG iVm EUZBLG .....	581
2. § 10 Abs. 2 EUZBLG – Hervorhebung der kommunalen Daseinsvorsorge .....	581
IV. Berücksichtigung der Interessen der Kommunen im Mitwirkungsprozess über den Bundestag – Art. 23 Abs. 2 und 3 GG iVm EUZBBG .....	582
<b>4. Abschnitt:</b>	
<b>Institutionelle Beteiligung</b>	
§ 15 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ( <i>Baddenhausen</i> ) .....	585
A. Beteiligung der nationalen Parlamente nach europäischem Recht .....	585
I. Art. 12 Vertrag über die Europäische Union (EUV) .....	585
II. Protokoll (Nr. 1) über die Rolle der nationalen Parlamente .....	586
III. Protokoll (Nr. 2) über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit .....	587
B. Zur Diskussion über weitergehende Mitwirkungsrechte nationaler Parlamente .....	589
C. Beteiligung der nationalen Parlamente an der interparlamentarischen Zusammenarbeit und mit dem Europäischen Parlament .....	590
I. Konferenz der Europa-Ausschüsse der Parlamente (COSAC) ...	590
II. Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union .....	592
III. Interparlamentarische Konferenz über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik .....	593
IV. Zusammenarbeit zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten auf der Basis von Art. 88 AEUV .....	593
V. Bewertung .....	594
D. Rechtlicher Rahmen für die Mitwirkung des Deutschen Bundestages in EU-Angelegenheiten und die Arbeit des EU-Ausschusses .....	594
E. Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union .....	595
I. Allgemein zu Art. 45 GG .....	595
II. Vorläufer des EU-Ausschusses .....	597
III. Geschäftsautonomie des Bundestages und Verpflichtung zur Einsetzung des EU-Ausschusses .....	598
1. Das Recht zur Selbstbefassung .....	599
2. Recht nach § 93 Abs. 4 GO-BT .....	599
3. Die Übertragung der Befugnis zur selbständigen und plenary ersetzenden Wahrnehmung von Aufgaben .....	599

4. Der Hauptausschuss zu Beginn der 18. Wahlperiode .....	600
IV. Rechtsnatur des EU-Ausschusses .....	601
1. Zusammensetzung und mitwirkungsberechtigte Abgeordnete .....	601
2. Die Sonderrechte des EU-Ausschusses, insbesondere die Delegation .....	602
3. Die Sonderrechte als Ausnahmetatbestände .....	603
4. Die Mitwirkung beteiligter Ausschüsse .....	604
5. Das Verlangen nach § 93 b Abs. 4 Satz 2 GO-BT .....	604
6. Das Rückholrecht des Plenums .....	605
7. Adressat plenareretzender Stellungnahmen .....	605
8. Die Sonderrechte des EU-Ausschusses in der parlamentarischen Praxis .....	605
9. Das Recht des mitberatenden EU-Ausschusses Änderungsanträge zu Beschlussempfehlungen des federführenden Ausschusses zu stellen .....	606
10. Das Subsidiaritätsprüfverfahren: Zuständigkeiten der Ausschüsse und des EU-Ausschusses .....	606
11. Die Überweisung von Unionsdokumenten nach § 93 GO-BT .....	607
12. Arbeitsweise des EU-Ausschusses .....	608
13. Adressat des EU-Ausschusses und das nach außen gerichtete Handeln .....	610
V. Verwaltungsseitige Unterstützung in EU-Angelegenheiten .....	611
F. Verbindungsbüro des Bundestages .....	611
§ 16 Institutionelle Beteiligung des Bundesrates und der Länder ( <i>Halsdorfer</i> ) .....	615
A. Bundesrat .....	615
I. Beteiligung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union .....	616
II. Bundesrat und Plenum .....	617
III. Europakammer .....	618
IV. Ausschuss für Fragen der Europäischen Union .....	620
B. Vertreter der Länder .....	621
I. Beauftragte des Bundesrates .....	621
II. Übertragung der Verhandlungsführung auf einen Vertreter der Länder .....	622
III. Länderbeobachter .....	623
C. Länderbüros (§ 8 EUZBLG) .....	624

**5. Abschnitt:  
Personalentscheidungen**

§ 17 Beteiligung bei Personalentscheidungen ( <i>Böhmer</i> ) .....	627
---	-----

---

A. Die Mitglieder des Europäischen Gerichtshofs .....	627
I. Der Gerichtshof der Europäischen Union .....	627
II. Auswahl und Wahl von Richtern: Allgemeines .....	629
1. Demokratische Legitimation .....	629
2. Gestaltungsmöglichkeiten .....	630
III. Auswahlverfahren in Deutschland .....	630
1. Der Richterwahlausschuss .....	631
2. Benennung im Einvernehmen .....	631
3. Einzelheiten des Verfahrens .....	632
4. Einvernehmen .....	633
IV. Vergleich mit anderen Verfahren .....	634
1. Internationaler Gerichtshof .....	634
2. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte .....	635
3. Bundesverfassungsgericht .....	636
V. Bewertung .....	637
B. Der Ausschuss der Regionen und das deutsche Auswahlverfahren ....	638
I. Der Ausschuss der Regionen .....	639
II. Das deutsche Auswahlverfahren .....	641
1. Aufteilung der Sitze auf Länder und Kommunen .....	641
2. Beteiligung der Landesparlamente .....	642

**Vierter Teil:**

**Weitere Mitwirkungsgesetzgebung**

§ 18	Haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestages – ESMFinG ( <i>Peterek</i> ) .....	645
	A. Einleitung .....	645
	B. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) .....	648
	I. Zweck, Aufbau und Struktur .....	648
	II. Finanzhilfeeinstrumente .....	649
	1. Vorsorgliche ESM-Finanzhilfe .....	650
	2. Finanzhilfe zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten (indirekte Bankenrekapitalisierung) .....	650
	3. Direkte Bankenrekapitalisierung .....	650
	4. Darlehen .....	651
	5. Primärmarkt-Unterstützungsfazilität .....	651
	6. Sekundärmarkt-Unterstützungsfazilität .....	652
	7. Einführung neuer ESM-Finanzhilfeeinstrumente .....	652
	C. Die Beteiligung des Bundestages in ESM-Angelegenheiten .....	652
	I. Mitwirkung zur Wahrnehmung der Haushalts- und Stabilitäts- verantwortung .....	653

II. Mitwirkungsrechte nach dem ESMFinG .....	654
1. Rolle des Plenums – Parlamentsvorbehalt des § 4 ESMFinG .....	655
2. Fälle, die die haushaltspolitische Gesamtverantwortung betreffen .....	657
3. Rolle des Haushaltsausschusses bei der parlamentarischen Begleitung von ESM-Entscheidungen .....	664
4. Zustimmungsvorbehalt des Haushaltsausschusses .....	665
5. Revokationsrecht des Plenums .....	666
6. Rechte des Sondergremiums .....	666
III. Unterrichtsrechte nach dem EUZBBG und dem ESMFinG .....	666
Normtexte .....	
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Auszug) .....	669
Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bun- destages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz – IntVG) .....	672
Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) .....	677
Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenhei- ten der Europäischen Union (EUZBLG) .....	685
Gesetz zur finanziellen Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanis- mus (ESM-Finanzierungsgesetz – ESMFinG) .....	695
Richterwahlgesetz (Auszug) .....	701
Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Auszug) .....	704
Geschäftsordnung des Bundesrates, (Auszug) .....	709
Vertrag über die Europäische Union idF des Vertrags von Lissabon (Auszug) .....	713
Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, , (Auszug) .....	723
Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union .....	739
Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit .....	742
Stichwortverzeichnis .....	747

## Autorenverzeichnis

*Prof. Dr. Andreas von Arnould*, Lehrstuhl für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Völker- und Europarecht, Direktor des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

*Heike Baddenhausen*, Ministerialrätin, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Sekretariatsleiterin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Berlin

*Lisa Böhmer, LL.M. (Columbia)*, Richterin, Hamburg

*Dr. Alice Halsdorfer, M.A.*, Leiterin der Stabsstelle MPK in der Berliner Senatskanzlei, bis 2016 stellvertretende Referatsleiterin für Angelegenheiten der EU und ständige Sitzungsvertreterin für das Land Berlin im Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates

*Prof. Dr. Ulrich Hufeld*, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Steuerrecht, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

*Ass. iur. Ann-Kristin Kästner*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Öffentliches Recht und Steuerrecht, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

*Dr. Alexander Koch, LL.B.*, Rechtsanwalt bei Hogan Lovells International LLP, Hamburg, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Chur

*Dr. Matthias Kötter*, WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin

*Dr. Matthias Laas*, Rechtsanwalt bei Taylor Wessing, Hamburg

*Prof. Dr. Roland Lhotta*, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

*Dr. Stefan Martini*, Vertreter der Juniorprofessuren für Öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht und Europarecht, Juristische Fakultät, Universität Rostock

*Christoph Peterek*, Oberregierungsrat, Personalreferent in der Verwaltung des Deutschen Bundestages, bis Februar 2017 Referent im EU-Grundsatzreferat, Berlin

*Hannes Rathke, LL.M.*, Oberregierungsrat, Mitarbeiter in der Verwaltung des Deutschen Bundestages und stellvertretender Leiter des Fachbereichs Europa, Berlin

*Mag. iur. Arne Reißmann*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Autorenverzeichnis

---

*Dr. Leila Saberzadeh*, Rechtsanwältin bei der Schomerus und Partner mbB, Hamburg

*Dr. Hinrich Schröder*, Referent für Wirtschafts- und Energiepolitik in der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin

*Markus Spörer*, Mitarbeiter der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission, Brüssel